

Vorbemerkungen Entsorgung

1. Allgemeiner Hinweis

Mit Auftragsvergabe übernimmt der AN die Entsorgung aller bei der Baumaßnahme anfallenden Böden, Bauschutt und Materialien. Der Auftragnehmer übernimmt dabei für nicht gefährlichen Abfall die Funktion des Abfallerzeugers.

Der Auftragnehmer muss für die abzufahrenden Materialien eine Verwertung im Sinne des KrWG nachweisen (Verwertungsnachweis). Dem Auftraggeber sind hierfür vor Beginn der Arbeiten die notwendigen Genehmigungsunterlagen des Verwerter zur Prüfung vorzulegen. Für die gesamte Maßnahme ist eine Abfallbilanz zu erstellen. Reststoffe aus der Sortierung/Aufbereitung sind der zuständigen Gebietskörperschaft anzudienen.

Mit Abgabe des Angebotes sind die jeweiligen Verwertungs-/Entsorgungsstellen verbindlich zu benennen und die jeweiligen Annahmekriterien der Verwertungs-/Entsorgungsstellen beizufügen. Ein späterer Wechsel der Verwertungs-/Entsorgungsstellen ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des AG zulässig.

2. Entsorgungsnachweise/ Elektronisches Nachweisverfahren

Das Einholen und Aufstellen von Entsorgungsnachweisen und sonstigen für die Entsorgung notwendigen Unterlagen und Genehmigungen ist vom Unternehmer zu erbringen und die Kosten hierfür in die Einheitspreise einzurechnen. Bei allen Positionen zur Entsorgung sind alle anfallenden Kosten, Gebühren (auch Bearbeitungsgebühren) etc. in die Einheitspreise einzurechnen.

Das führen des elektronischen Nachweisverfahren (eANV) im Falle der Entsorgung von gefährlichen Abfällen erfolgt durch den AG.

3. Begleitscheine / Übernahmescheine

Für sämtliche zu entsorgenden Stoffe sind vom AN Begleitscheine bzw. Übernahmescheine zu führen, auch wenn es sich nicht um überwachungsbedürftige bzw. gefährliche Abfälle handelt. Die Begleit-/Übernahmescheine sind von einem Vertreter des AG beim Beladen der Transportfahrzeuge zu unterzeichnen und als Abrechnungsnachweis zusammen mit den Wiegescheinen mit der Rechnung vorzulegen. Der AG behält sich das Recht vor, bei einzelnen oder allen Abfuhrchancen auf das Unterzeichnen der Begleit-/Übernahmescheine zu verzichten. Die Begleit-/Übernahmescheine sind dann von einem Vertreter des AN

zu unterzeichnen.

Mehraufwendungen für das Führen der Begleit-/Übernahmescheine sowie das Vorlegen der Begleit-/Übernahmescheine und Wiegescheine werden nicht gesondert vergütet.

Als Nachweis für die durchgeführte, ordnungsgemäße Entsorgung sind die Wiegescheine der Entsorgungsstelle und die Übernahmescheine in Form eines Nachweisbuches (in Anlehnung an die Nachweisverordnung) vorzulegen.

Das Nachweisbuch muss getrennt für jeden Abfallschlüssel und jede Einbauklasse mindestens folgende Unterlagen enthalten:

- * tabellarische Übersicht der entsorgten Massen mit Angabe von:
 - Datum
 - Kfz-Kennzeichen
 - Masse (TO)
 - Wiegeschein-Nr.
 - Herkunft (Sanierungsbereich)
 - Entsorgungsstelle / Deponie
 - Abfallschlüsselnr.
 - * Kopie der zugehörigen Deklarationsanalyse
 - * Kopie des Entsorgungsnachweis (VE, Annahmeerklärung)
 - * Wiegescheine mit jeweils zugehörigem Begleitschein bzw.
Übernahmescheinen
- Als Deckblatt ist eine tabellarische Aufstellung der entsorgten Gesamtmassen mit Angabe von Abfallschlüsselnummer, Entsorgungsnachweisnummer und Kippstelle zu verwenden.
- Das Nachweisbuch ist in Papierform sowie die Tabellen als Excel-Tabelle dem AG zu übergeben.

Mehraufwendungen für das Zusammenstellen und Übergeben des Nachweisbuches werden nicht gesondert vergütet.

4. Transport

Beim Abtransport sind die einschlägigen Vorschriften zu beachten. Die notwendigen Begleitscheine sind vorzulegen. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass der AN die für den Transport notwendigen Einsammlungs-/Beförderungsgenehmigungen besitzt oder rechtzeitig beantragen muss. Aufwendungen dafür werden nicht gesondert vergütet.

Der Abtransport hat in einwandfreien, verkehrssicheren Fahrzeugen auf dem kürzesten, sichersten Weg zu den betreffenden Entsorgungsstellen zu erfolgen. Es muss hierbei insbesondere gewährleistet sein, dass kein Material verwehen kann und dass kein Wasser austreten kann. Die Ladeflächen der Fahrzeuge sind mit Planen abzudecken. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt

nicht. Ein Mischen unterschiedlicher Materialien sowie eine zwischenzeitliche Entladung der Fahrzeuge ist grundsätzlich nicht zulässig.

Der Einheitspreis für den Abtransport und die Entsorgung gilt unabhängig davon, ob die zu entsorgenden Stoffe in Container abgefahren werden, oder erst auf LKW verladen werden müssen und an welcher Stelle auf den Flächen das Verladen erfolgt. Der Rücktransport der Container von der Kippstelle und die ggf. erforderliche Reinigung der Container und Transportfahrzeuge gilt als Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet.

Beim Beladen und Transportieren ist vom AN die Staubeentwicklung durch geeignete Maßnahmen (Befeuchtung) wirkungsvoll zu unterbinden. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

5. Analytik

Die abrechnungsrelevante Einstufung erfolgt nach den Parametern des Merkblatts der hessischen Regierungspräsidien "Entsorgung von Bauabfällen", vom 10.12.2015 (Tab. 1.1 bis 1.3) bzw. bei notwendiger deponietechnischer Entsorgung (entspricht Überschreitung der Zuordnungswerte Z1 (Feststoff), bzw. Z 1.2 (Eluat) gemäß Merkblatt) zusätzlich nach den Deponieklassen der Deponieverordnung jedoch ohne Berücksichtigung der Parameter Glühverlust und TOC.

Für die Abrechnung nach Deponieklassen sind der Ausschreibung als Anlage ergänzende Zuordnungswerte (über die Zuordnungswerte der Deponieverordnung hinaus) beigelegt, welche bei der abrechnungsrelevanten Einstufung zusätzlich herangezogen werden.

Gegenüber den in den verschiedenen Entsorgungspositionen abgeschätzten Massen kann es zu Massenverschiebungen kommen. Ungeachtet dessen gelten die für die betreffenden Positionen angebotenen Einheitspreise auch bei gegebenenfalls deutlichen Über- oder Unterschreitungen der jeweiligen Massenvorsätze.

Die Bewertung der Analysenergebnisse, die verbindliche Festlegung und Zuordnung zu den einzelnen Abbruch- bzw. Aushubbereichen sowie die Abfalleinstufung gemäß Abfallverzeichnisverordnung wird in dem beiliegenden abfalltechnischen Gutachten dargestellt.

6. Glühverlust und TOC

Hinsichtlich der Parameter Glühverlust und TOC gilt für die Abrechnung der Entsorgungsleistungen folgende Regelung:
Für die Entsorgung von Böden/Auffüllungen/Bauschutt mit

einem Glühverlust von > 3,0 Masse-% oder einem TOC-Gehalt von > 1,0 Masse-% wird in Abhängigkeit von der abrechnungsrelevanten Einstufung eine Zulage zu den Entsorgungspositionen vergütet, sofern nicht der jeweilige Glühverlust bzw. TOC-Gehalt bereits mit der abzurechnenden Deponieklasse abgedeckt ist.

Die Zulagen werden nicht untereinander aufaddiert, sondern nur jeweils als einzelne Zulage entsprechend dem festgestellten Glühverlust- oder TOC-Gehalt vergütet.

7. Störstoffanteile

Für die zu entsorgenden Böden/Auffüllungen/Bauschutt ist ein Anteil an nichtmineralischen Störstoffen von bis zu 10 Gew.-% in die Einheitspreise für die Entsorgung einzurechnen.

Darüberhinausgehende Anteile an nichtmineralischen Störstoffen werden bei Bedarf auf der Baustelle aussortiert.

Mit dem Aussortieren der Störstoffe aus den Auffüllungen bzw. Böden soll gewährleistet werden, dass von den jeweiligen Entsorgungsstellen keine zusätzlichen bzw. erhöhten Gebühren für einen zu hohen Anteil an Störstoffen erhoben werden. Vor dem Abtransport sind daher die Störstoffe auszusortieren, die bei den jeweiligen Entsorgungsstellen zu erhöhten Kosten für die Entsorgung führen würden. Das Aussortieren von weiteren Störstoffen kann vom AG angeordnet werden.

8. Fremdstoffanteil

Für die zu entsorgenden Böden ist ein Anteil an Fremdstoffen

(z.B. Schlacken, Schrott, Kunststoffe, Glas, Keramik, Abfälle aller Art etc.) von bis zu 10 Gew.-% in die Einheitspreise für die Entsorgung einzurechnen. Darüberhinausgehende Fremdstoffanteile werden mit den entsprechenden Zulagen vergütet.

9. Unbekannte Kontaminationen

Sollten bei der Ausführung der vertraglichen Leistungen bisher nicht bekannte Schadstoffe bzw. Schadstoffgehalte festgestellt werden, die von den bisherigen Untersuchungsergebnissen abweichen, so ist unverzüglich der Vertreter des AG zu benachrichtigen und die weitere Vorgehensweise ist abzustimmen. Das Material ist dann ggf. auf einer vom AG dafür vorgesehenen Bereitstellungsfläche zwischenzulagern. Notwendige Analysen zur Deklaration der Materialien aus diesen Bereichen werden vom Fachbauüberwacher durchgeführt und dem AN unentgeltlich zur Verfügung gestellt.